

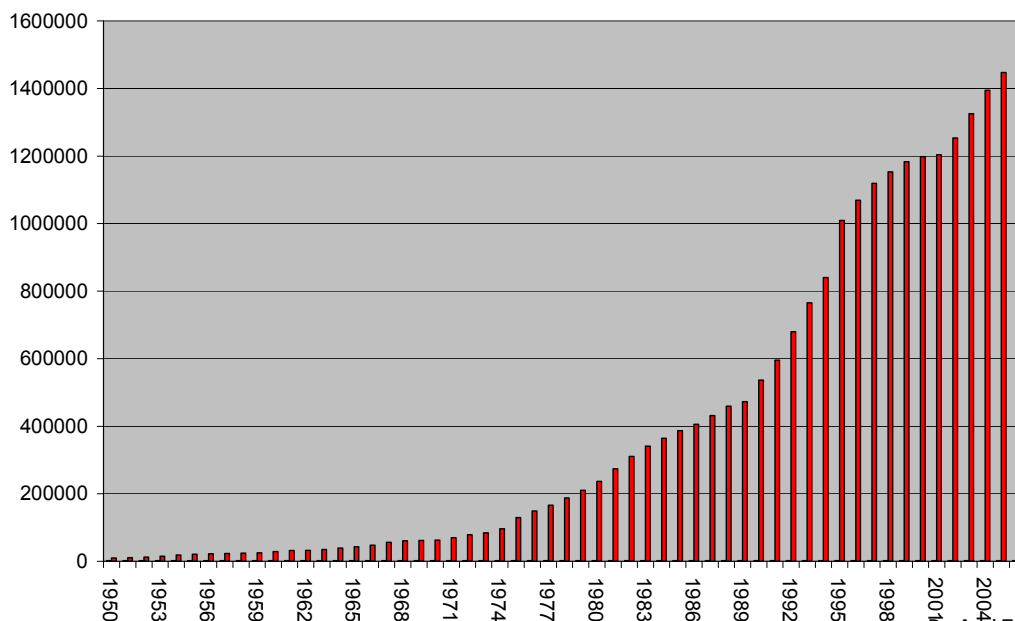
Die kommunalen Finanzen im Spannungsfeld von Steuersenkungen, Wirtschafts- und Finanzkrise und Schuldenbremse

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 1 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Die Verschuldung der öffentlichen Hand (in Mrd. Euro)

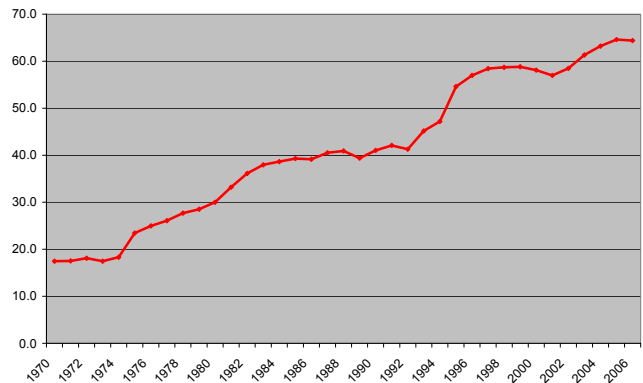
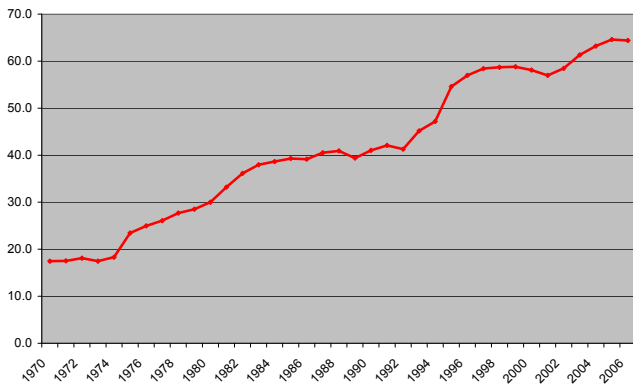


Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 2 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

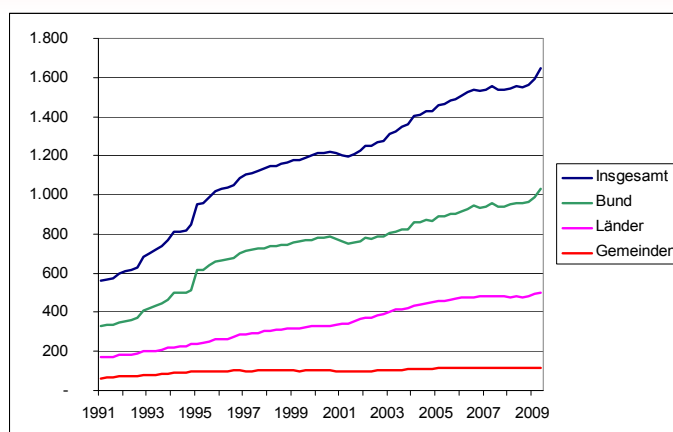
→ Schuldenquote der öffentlichen Hand Staatsverschuldung in% des BIP



Die Schulden sind nicht linear angestiegen, sondern es gibt deutliche Zäsuren:

1. Wachstumseinbruch und Beginn von Massenarbeitslosigkeit in den 1970er Jahren,
2. Deutsche Einheit,
3. Steuerentlastungen Rot-Grün 2001 ff.,
4. die globale Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008

Die Verschuldung nach Gebietskörperschaften (in Mrd. Euro) (ohne Kassenkredite der Kommunen)



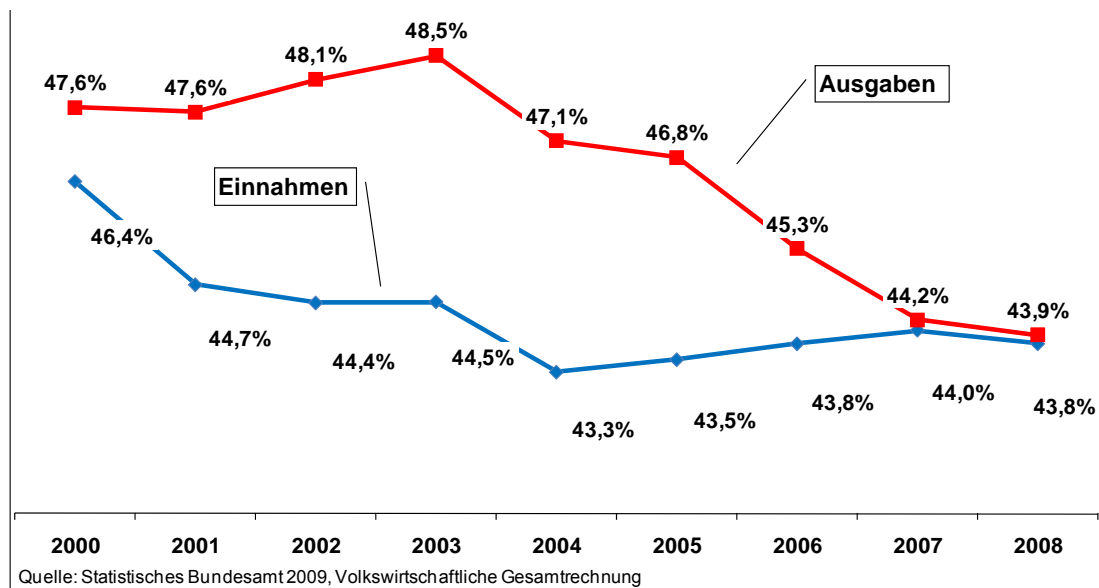
Betrachtet man die unterschiedlichen Gebietskörperschaften, so entsteht zunächst der Eindruck, die Kommunen wären am wenigsten von Finanzproblemen geplagt.

Der Eindruck täuscht aber, denn

- Kommunen sind extrem unterschiedlich betroffen. Manchen geht es sogar recht gut, vielen aber extrem schlecht, der Durchschnitt ist da wenig aussagefähig.
- Finanznot in den Kommunen drückt sich weniger unmittelbar in steigender Kommunalverschuldung aus, denn die Kommunen haben gesetzlich deutlich weniger Verschuldungsmöglichkeiten als Bund und Länder. Deswegen führt Finanznot bei Gemeinden viel unmittelbarer zu Sozialkürzungen, Privatisierung, PPP, etc.
- Die Kassenkredite der Kommunen gehen in die Statistik nicht ein.

Drastische Ausgabenenkungen und rückläufige Einnahmen

Anteil von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt

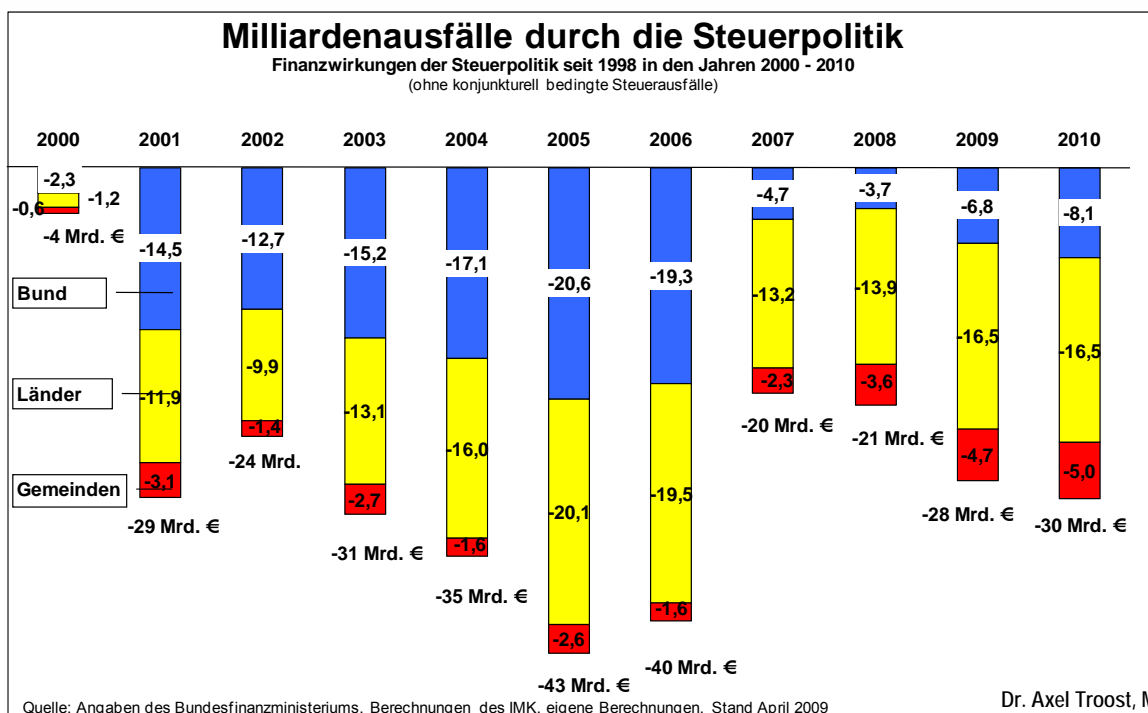


Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 5 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Das strukturelle Ausbluten öffentlicher Haushalte: Steuersenkungsorgien von Rot-Grün und Großer Koalition

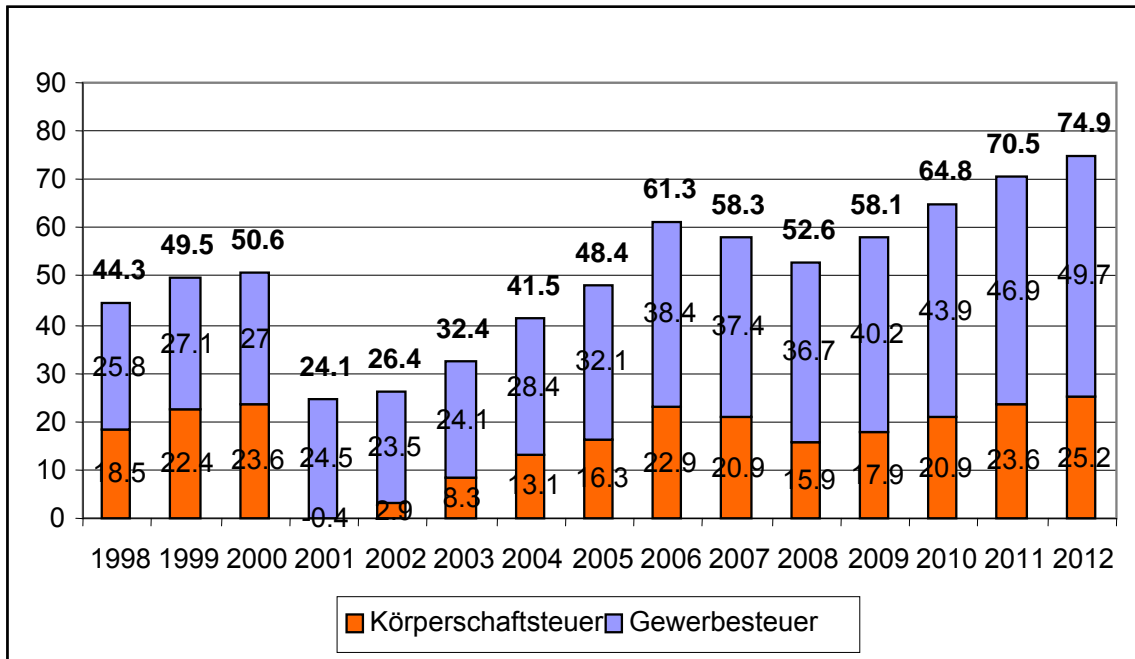


Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 6 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Entwicklung Steuereinnahmen nach der Unternehmenssteuerreform 2008 (Plan der Regierung)



Quelle: Gesetzentwurf

Dr. Axel Troost, MdB

Folie 7 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Steuerschätzung vom Mai und November 2009 (Annahmen BIP: 2009 -5,3%, 2010 +1,2%, 2011 ff +3,3%)

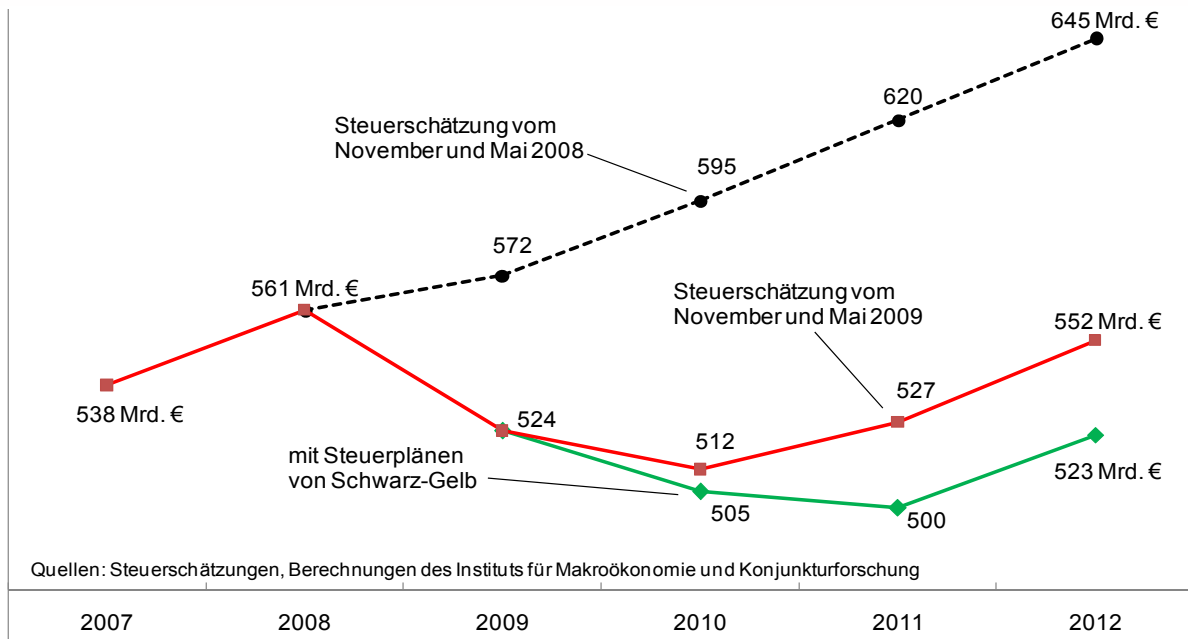
	Ist 2008	2009	2010	2011	2012	2013
Bund (Mrd. €)	239,2	225,5	214,7	222,6	232	241,3
in %	3,9	-5,7	-4,8	3,6	4,2	4
		227	215,7			
in %		-5,1	-5			
Länder (Mrd. €)	221,9	209	201,5	206,7	216,5	225
in %	4,1	-5,8	-3,6	2,6	4,8	3,9
		207	201,5			
in %		-6,7	-2,7			
Gemeinden (Mrd. €)	77	70,3	67,6	70,5	75,1	80
in %	5,9	-8,7	-3,8	4,3	6,6	6,5
		69,3	66,5			
in %		-10	-4			
Insgesamt (Mrd. €)	561,2	527	510,4	526,7	552	575,1
in %	4,3	-6,1	-3,1	3,2	4,8	4,2
		524,1	511,5			
		-6,6	-2,4			

Dr. Axel Troost, MdB

Folie 8 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Steuerausfälle durch Wirtschaftskrise und die Steuerensenkungspläne von Schwarz-Gelb



Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 9 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Der Anfang von Schwarz-Gelb: Steuerausfälle durch „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“

Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹	Kassenjahr				
		2010	2011	2012	2013	2014
Insgesamt	-8 482	-6 092	-8 222	-8 972	-8 335	-8 140
Bund	-4 631	-3 869	-4 527	-4 790	-4 509	-4 444
Länder	-2 280	-1 358	-2 200	-2 434	-2 285	-2 221
Gemeinden	-1 571	- 865	-1 495	-1 748	-1 541	-1 475

¹ Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von 12 Monaten

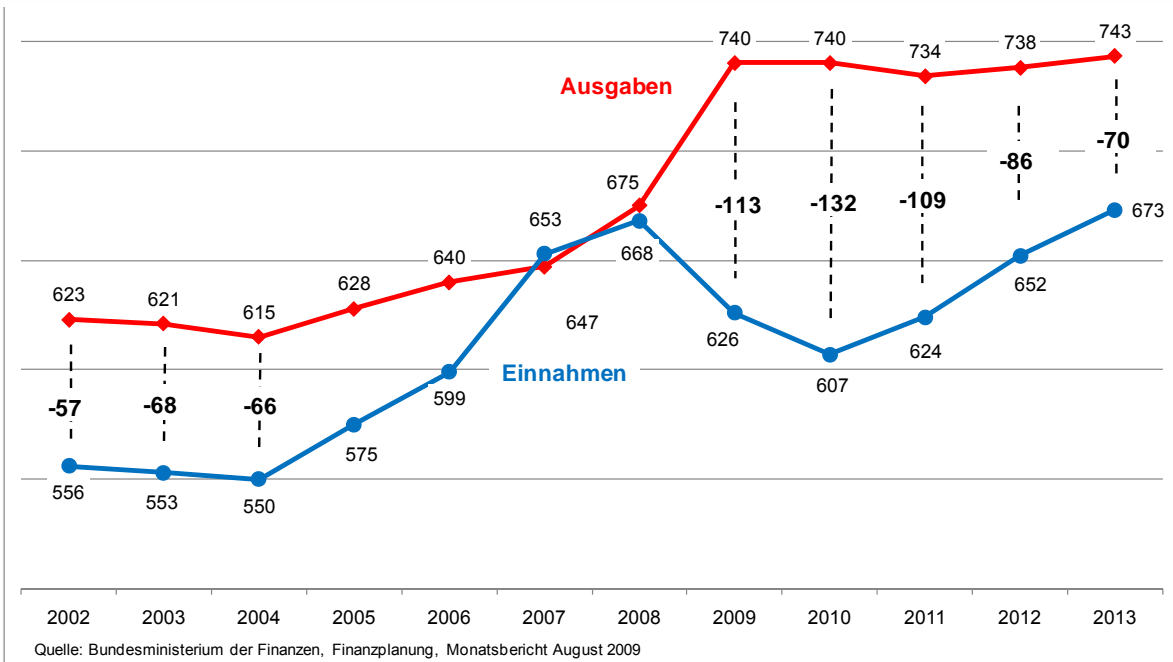
Quelle: Gesetzentwurf Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 10 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Dazu kommen die konjunkturellen Einnahmehausfälle durch die Finanz- und Wirtschaftskrise



Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 11 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Rahmenbedingungen der Kommunalfinanzen im Finanzföderalismus

- Grundgesetz Artikel 28: Selbstverwaltung der Kommunen

„Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“

- Grundgesetzänderung durch Föderalismuskommission I: Abschaffung des Durchgriffsrechts des Bundes auf die Kommunen

Art. 84 Abs. 1 Satz 7 bzw. 85 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz

„Durch Bundesgesetz dürfen Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden.“

Im Umkehrschluss ist der Bund weder verpflichtet noch befugt, Kommunen direkt Finanzmittel zur Bewältigung ihrer Aufgaben zuzuweisen. Dies dürfen nur noch die Länder.

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 12 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Rahmenbedingungen der Kommunalfinanzen im Finanzföderalismus

- Hinzu tritt die Schuldenbremse:
 - strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes maximal 0,35 Prozent des BIP ab 2016
 - Ländern dürfen ab 2020 strukturell gar keine Schulden mehr machen
- ➔ Auch den Ländern fehlen die Spielräume, die Finanznot der Kommunen zu lindern.
- ➔ Gleichzeitig neue Belastungen der Kommunen durch Sozialleistungen und Investitionsstau

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 13 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Sozialleistungen: Belastungen der Kommunen steigen absolut und relativ

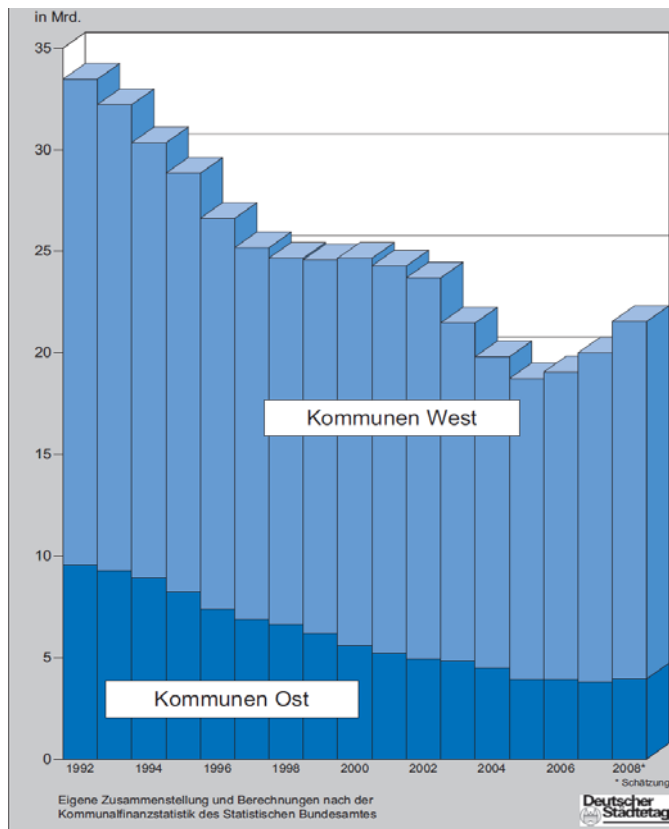
- **z.B. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit**
Anstieg: 2003 – 2007 von 1,5 Mrd. € auf 3,6 Mrd. €, keine Erhöhung der Bundesbeteiligung
- **z.B. Anspruch auf Kindertagesbetreuungsangebote 2012**
750.000 Plätze für unter Dreijährige = 12 Mrd. €, davon 4 Mrd. € Bund, 8 Mrd. € Kommunen
- **z.B. Kosten der Unterkunft:**
Absenkung des Bundesanteils auf durchschnittlich 23,6%, 2010 zusätzliche Belastung der Kommunen 2 Mrd. €



Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 14 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010



Gemeindefinanzbericht 2008 des Deutschen Städtetages

Dramatischer Investitionsstau:

Gesunkene Sachinvestitionen in den kommunalen Haushalten 1992-2008

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 15 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Kommunaler Investitionsbedarf 2006 – 2020

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer und Berlin			Deutschland	
	in Mrd. Euro	in %	in Euro/EW	in Mrd. Euro	In %	In Euro/EW	in Mrd. Euro	In %
Trinkwasser	21,5	3,9	327	7,5	4,7	447	29,0	4,1
Abwasser	45,8	8,4	697	12,4	7,8	740	58,2	8,3
Verwaltungsgebäude	16,9	3,1	257	2,9	1,8	173	19,8	2,8
Krankenhäuser	23,7	4,3	361	7,2	4,5	429	30,9	4,4
Schulen	61,1	11,2	930	11,9	7,5	712	73,0	10,4
Sportstätten	27,1	5,0	413	8,1	5,1	483	35,2	5,0
Straßen	118,3	21,7	1.801	43,3	27,3	2.581	161,6	23,0
ÖPNV	30,4	5,6	463	8,0	5,1	477	38,4	5,5
Städtebau	6,3	1,2	96	3,8	2,4	226	10,1	1,4
Sonstige Bereiche	160,0	29,3	2.436	48,4	30,6	2.885	208,4	29,6
Erwerb von Grundvermögen	34,7	6,4	528	4,8	3,0	286	39,5	5,6
Summe	545,8	100,0	8.309	158,4	100,0	9.439	704,1	100,0

Quelle: Schätzungen des Difu.

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 16 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Alternativen Kommunalfinanzen

Einnahmenseite:

- breitere Bemessungsgrundlage für Gemeindesteuern, insbesondere weniger konjunkturabhängig
- Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln
- kommunalen Anteil an Einkommens- und Umsatzsteuer erhöhen

Ausgabenseite:

- stärkere Beteiligung des Bundes an Sozialleistungen der Kommunen

Grundsätzlich:

- Mitentscheidungsrechte der Kommunen in der Steuergesetzgebung
- Bekenntnis zu höheren Steuern für größere Spielräume des Staates für Umverteilung und hochwertige soziale Dienste

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 17 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer

1. Künftig wird jede selbstständige nachhaltige Betätigung, die im Sinne des Einkommensteuergesetzes mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, unternommen wird und sich als Betätigung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt, mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, in die Gemeindegewerbesteuer einbezogen.

2. Der Bemessungsgrundlage sind alle Schuldzinsen hinzuzurechnen. Des Weiteren sind die Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und die Lizenzgebühren in voller Höhe bei der Ermittlung der Steuerbasis zu berücksichtigen. Gewinne und Verluste sind in der Entstehungsperiode steuerlich geltend zu machen.

3. Angemessene Freibeträge für kleine Unternehmen und Existenzgründer. Der Gewerbeertrag ist bei natürlichen Personen sowie bei Personengesellschaften um einen Freibetrag in Höhe von 30.000 Euro, bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts um einen Freibetrag in Höhe von 5.000 Euro zu kürzen.

4. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an den Bund wird sofort abgeschafft. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an die Länder wird, beginnend im Jahr 2011, abgesenkt und fällt schrittweise bis zum Ende des Jahres 2015 weg.

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 18 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ALTERNATIVEN

1. Gesetzlicher Mindestlohn und mindestens verteilungsneutrale Einkommenspolitik
2. Gute Arbeit – Gutes Leben:
Prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen
3. Sozial-ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm
4. Arbeitszeitverkürzung
5. Armutsfeste Grundsicherung
6. Reregulierung der Finanzmärkte und Wirtschafts-
demokratie
7. Neue Weltwirtschaftsordnung

1. Gesetzlicher Mindestlohn

- 10 Euro (brutto) für alle in Deutschland Beschäftigten
- Jährliche Anpassung des Mindestlohns:
Einkommen aus Vollzeit oberhalb der Grenze für Armutslöhne
- Allgemeinverbindlichkeit tariflich vereinbarter Mindestentgelte, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen
- Beratung der Bundesregierung bei Einführung und Anpassung des Mindestlohns durch einen Mindestlohnrat
(Tarifparteien und Wissenschaft)
- Kontrollmechanismen, Sanktionen und Verbandsklagerecht

2. Grundsätze Guter Arbeit

- Gute Arbeit ist sicher: rechtlich, sozial und gesundheitlich
- Von Guter Arbeit kann man gut leben
- Gute Arbeit hat Maß → Arbeitszeitverkürzung
- Gute Arbeit ist demokratisch, daher Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen Fragen
- Gute Arbeit stellt Männer und Frauen gleich
- Gute Arbeit bietet Gestaltungsspielräume für unterschiedliche Lebensentwürfe

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 21 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Ein Programm für Gute Arbeit

- Keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne triftige Begründung
- Subventionierung geringfügiger Beschäftigung beenden, Minijobs in reguläre Arbeitsverhältnisse umwandeln
- Leiharbeit bis maximal 6 Monate begrenzen und dabei gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Praktika als Lernverhältnisse gesetzlich schützen und angemessen vergüten
- Scheinselbständigkeit zurückdrängen, in die Scheinselbstständigkeit Gedrängte unterstützen und in die Sozialsysteme zurückholen
- Solo-Selbständige ebenfalls in die sozialen Sicherungssysteme aufnehmen

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 22 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

Ein Programm für Gute Arbeit

- Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose wieder einführen
- Regelsatz des Arbeitslosengeld II auf 500 € erhöhen
- Kündigungsschutz verbessern
- Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern
- Öffentliche Auftragsvergabe an Vergaberichtlinien binden

3. Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm

- 1. Konjunktur- und Zukunftsprogramm: 100 Mrd. ab 2010**
 - Masseneinkommen stärken: Renten und Hartz-IV-Regelsatz (auf 500 Euro) erhöhen (15 Mrd. €)
 - Öffentlich geförderte Beschäftigung (500.000 Arbeitsplätze) ausbauen (15 Mrd. €)
 - Öffentliche Investitionen in Höhe von 70 Mrd. € - fortgeführt als **langfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm**
- 2. Zukunftsfonds für sozial und ökologisch innovative Industrien**
(25 Mrd., über Anleihe finanziert)

→ Zukunftsprogramm – Überblick

85 Mrd. jährlich für:

- Bildung (30)
- Gesundheit (5)
- Umwelt (20)
- Kommunale Infrastruktur/
Daseinsvorsorge (15)
- Öffentlich geförderte
Beschäftigung (15)

So viel fließt in die Staatskasse:

- Finanztransaktionsteuer: 20 Mrd.
- (Vermögensteuer 14 Mrd.)
- Millionärsteuer: 80 Mrd.
- Erbschaftsteuer: 4 Mrd.
- Unternehmen- und
Gewerbesteuerreform: 26 Mrd.
- Verbesserung Steuervollzug: 10 Mrd.
- Selbstfinanzierung: 20 Mrd.

Das kommt zusammen: bis zu 160 Mrd.

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 25 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

4. Arbeitszeitverkürzung

- Deutliche Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust
- Lebensarbeitszeit verkürzen statt verlängern – weg mit der Rente ab 67

Erste Schritte:

- Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden
- Kurzarbeiterregelung verbessern und verlängern
- Überstundenabbau

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 26 Abwehr organisieren - LINKE Kommunalpolitik durchsetzen! Düsseldorf 12.2.2010

5. Armutsfeste Grundsicherung

- Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung muss repressionsfrei gewährt werden.
- Niemand darf zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, die kein Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, zu hohe Ansprüche an Flexibilität und Fahrtzeiten stellt oder die gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.
- Die Zumutbarkeitsregelungen sind diesen Grundsätzen anzupassen.

6. Reregulierung der Finanzmärkte und Wirtschaftsdemokratie

- Haftung von Unternehmensvorständen sowie Aufsichts- und Verwaltungsräten ausweiten
- Finanztransaktionsteuer einführen
- Kreditverkäufe begrenzen, Derivate drastisch einschränken
- Bereinigung des Bankensektors
 - Bilanzen offenlegen, Verluste realisieren
 - Marode Banken möglichst in die Pleite gehen lassen, bei systemrelevanten Banken staatlich rekapitalisieren und als öffentliche Banken betreiben
 - Banken zurückorientieren auf gesamtwirtschaftliche Funktion
- Beweislastumkehr: Finanz-TÜV
- Neue Befugnisse und neue Kultur der Finanzaufsicht
- Kapitalverkehr einschränken, Wechselkurse durch Zielzonen stabilisieren
- Leitbild offener Kapitalmärkte überwinden
- Symmetrische Sanktionen für Länder mit Handelsüberschüssen und -defiziten (z.B. nach dem Vorbild von Keynes' Clearing Union)
- Wirtschafts- und finanzpolitische Spielräume zurückgewinnen (z.B. soziales Europa mit hohen einheitlichen Standards, Steuern usw.)
- Einführung von Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen als Zukunftsaufgabe

7. Neue Weltwirtschaftsordnung

- Alle Länder gleichberechtigt an Regulierung beteiligen statt auf G20 beschränken
- Verbindliche Verträge im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) beschließen statt in der Welthandelsorganisation (WTO)
- Problem ungleichgewichtiger Handelsströme entschärfen/
Währungskooperation bzw. Einheitswährung voranbringen
- Regionalisierung und Binnenmarktorientierung stärken
- Investitionen an soziale und ökologische Standards knüpfen
- Entwicklungsländer entschulden / Internationales Insolvenzrecht einführen / Fonds gegen Krisenfolgen für Entwicklungsländer einrichten
- Steuer- und Regulierungsaspen austrocknen